

# KLIMA.DISKURS

## DAS MAGAZIN

# STRUKTURWANDEL UND KLIMASCHUTZ

### INTERVIEW

ACHIM VANSELOW ZU GEWERKSCHAFTEN UND KLIMASCHUTZZIELEN



### DER DISKURS HAT FOLGEN

WIE KÖNNEN WIR WELTWEIT DIE ZIELE DES KLIMAGIPFELS ERREICHEN?



### DER DISKURS HAT FOLGEN

AUFGABEN FÜR DIE EWIGKEIT





# LOBBY FÜR [GEMEINSAMES] HANDELN

## INHALT



03

### EDITORIAL

03



04–05

### INTERVIEW

#### Gewerkschaften und Klimaschutzziele

Interview mit Achim Vanselow

04–06

### DER DISKURS HAT FOLGEN

#### Aufgaben für die Ewigkeit

von Bernd Tönjes

06–07

#### Wie können wir weltweit die Ziele des Klimagipfels von Paris erreichen?

von Prof. Dr. Manfred Fischedick

08–09

#### Paris, die Kohle und der Strukturwandel

von Klaus Breyer

10–12

### LOBBY

#### Die Lobby für gemeinsames Handeln

von Ulrike Schell

13–14

### AUSBLICK

#### Unsere Veranstaltungsformate

15



06–07



15

# STRUKTURWANDEL



### LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

diese dritte Ausgabe unseres Magazins trägt den Titel »Strukturwandel und Klimaschutz«. Dies ist auch Thema und Titel der Jahreskonferenz des KlimaDiskurs.NRW e.V. und gleichzeitig Schwerpunktthema für 2016. Eine Reihe der dieses Jahr folgenden öffentlichen wie auch nicht öffentlichen Veranstaltungen und Gesprächsrunden werden sich mit diesem Themenkreis beschäftigen.

Zur Annäherung an das Thema haben wir einige der Podiumsteilnehmer vom KLIMA.FORUM 2016 eingeladen, einen Artikel beizutragen. So lesen Sie in diesem Heft in der Rubrik »Der Diskurs hat Folgen« vier Texte, die Strukturwandel und Klimaschutz aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Diese und weitere Beiträge finden Sie auch in unserem Blog: [blog.klimadiskurs-nrw.de](http://blog.klimadiskurs-nrw.de)

Zur Entwicklung des Vereins hat Ulrike Schell, Mitglied des Vorstandes, einen Artikel beigetragen, der rückblickend wie auch in die Zukunft schauend informiert.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

Das Magazin finden Sie auch online auf: [www.klimadiskurs-nrw.de](http://www.klimadiskurs-nrw.de)

Ihre Meinung zum Magazin können Sie uns schreiben: [magazin@klimadiskurs-nrw.de](mailto:magazin@klimadiskurs-nrw.de)



## INTERVIEW MIT ACHIM VANSELOW

Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik des DGB NRW und Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des KlimaDiskurs.NRW e.V.

# GEWERKSCHAFTEN UND KLIMASCHUTZZIELE

Das Verhältnis von gewerkschaftlicher Arbeit und Klimaschutzzielen ist nicht spannungsfrei. Über die Ergebnisse des Weltklimagipfels von Paris, über deren Auswirkungen auf das Industrieland Nordrhein-Westfalen und über die Erwartungen der Gewerkschaften spricht Achim Vanselow mit dem Magazin des KlimaDiskurs.NRW.



: ACHIM VANSELOW

Achim Vanselow leitet seit dem 1. Januar 2011 beim DGB NRW die Abteilung Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik. Zuvor war er als Wissenschaftler von 1993 bis 2006 am Institut für Arbeit und Technik (IAT) im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen und von 2007 bis 2010 beim Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen tätig. Achim Vanselow ist Mitglied des Mittelstandsbeirates NRW und Vorstandsmitglied der Technologieberatungsstelle beim DGB NRW e.V. Darüber hinaus ist er im geschäftsführenden Vorstand des KlimaDiskurs.NRW e.V.

[www.nrw.dgb.de](http://www.nrw.dgb.de)

**MAGAZIN:** Wie bewerten Sie die Ergebnisse des Weltklimagipfels von Paris?

**Achim Vanselow:** Paris ist ein großer Schritt nach vorn, weil es erstmals ein Klimaschutzabkommen gibt, dem alle 196 Staaten der Weltgemeinschaft zugestimmt haben. Man darf nicht vergessen, dass Länder wie die USA, China und Indien das Kyoto-Protokoll von 1995 nie unterzeichnet haben.

Jetzt gibt es ein Langfristziel, dass die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, wenn möglich auf 1,5 Grad begrenzt werden soll. Die Beiträge der einzelnen Länder werden regelmäßig evaluiert. Das bedeutet, dass nationale Ziele im Zeitverlauf anzupassen sein werden.

**MAGAZIN:** Was ist aus gewerkschaftlicher Sicht an den Ergebnissen besonders bemerkenswert?

**Achim Vanselow:** Für die Gewerkschaften war es natürlich sehr wichtig, dass sich die Belange der Beschäftigten in dem Abkommen wiederfinden. Das ist gelungen. Unsere Forderung nach einem gerechten Übergang – »fair transition« – für die Beschäftigten in eine kohlenstoffarme Wirtschaft unter Beachtung der Menschenrechte hat nach einigem Hin und Her während der Konferenz doch noch Eingang in das finale Dokument gefunden.

»DIE AUSWIRKUNGEN AUF BRANCHEN UND UNTERNEHMEN SIND SEHR VIELFÄLTIG UND MIT RISIKEN UND CHANCEN VERBUNDEN.«

**MAGAZIN:** Welche kritischen Punkte sehen Sie im Abkommen?

**Achim Vanselow:** Wie immer bei solchen Konferenzen hatte die Einigung der Staatengemeinschaft ihren Preis. Es ist nicht gelungen, sich auf einen fairen Lastenausgleich zu einigen, das heißt, es wird weiter unterschiedliche Geschwindigkeiten beim Klimaschutz geben. Und es gibt keine Sanktionsmöglichkeiten, wenn Länder ihre CO<sub>2</sub>-Minderungsziele nicht einhalten. Hieran muss die internationale Klimaschutzpolitik weiterarbeiten, damit unterschiedliche nationale Regulierungsniveaus beim Klimaschutz nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen und »Klimaschutzdumping« nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen in NRW führt.

**MAGAZIN:** Klimaschutz sei – so die öffentliche Wahrnehmung – für Gewerkschaften ein Randthema. Welchen Stellenwert hat er tatsächlich?

**Achim Vanselow:** Ganz im Gegenteil. Die Gewerkschaften stehen zu den Klimaschutzzielen. Der Klimawandel bedroht die Existenzgrundlagen von Menschen in aller Welt. Die aktuelle Flüchtlingssituation sollte uns eine Warnung sein, dass wir die Krisen der anderen nicht einfach ignorieren können. Ein guter Teil unseres Wohlstandes basiert auf dem weltweiten Handel. Global vernetzte Liefer- und Logistikketten sind besonders anfällig für extreme Wetterereignisse. Klar ist, dass sich der Klimawandel je nach Regionen und Branchen unterschiedlich bemerkbar machen wird – weltweit, aber auch national und sogar regional.

**MAGAZIN:** Wenn Sie die Frage regional betrachten: Was heißt das für NRW?

**Achim Vanselow:** Die Auswirkungen auf Branchen und Unternehmen sind sehr vielfältig und mit Risiken und Chancen verbunden. Dies festzustellen ist fast schon trivial. Im Rahmen des Prozesses zur Erstellung des Klimaschutzplans wurden Szenarien entwickelt, die Pfade in eine kohlenstoffarme Wirtschaft aufzeigen, und Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung identifiziert. Akteure in den Regionen fragen sich jetzt: Was heißt »Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft« für uns? Wie sind wir in OWL, im Münsterland oder in Emscher-Lippe betroffen?

Wo liegt das Marktpotenzial? Was heißt das für unsere Schlüsselunternehmen? Wo besteht Anpassungsbedarf? Haben wir genug Fachkräfte für die Umsetzung der notwendigen Innovationen? Hier wird Wandel konkret. Dafür braucht es ein tieferes Verständnis der Veränderungsprozesse, das entsprechende methodische Handwerkszeug und die richtigen Leute am Tisch.

**MAGAZIN:** Stichwort »Strukturwandel in NRW.« Was wären Ihre Anregungen?

**Achim Vanselow:** Es herrscht wohl Konsens, dass die Klimaschutzziele und damit verbunden die Nutzung der ökonomischen Chancen nur erreicht werden, wenn schon heute hohe Anfangsinvestitionen getätigt werden, die in diese Richtung führen. Dafür brauchen Investoren verlässliche Rahmenbedingungen. Die sehen sie aber offensichtlich noch nicht.

Richtig ist der Hinweis auf notwendige Innovationen. Diese werden aber zu oft auf die technologische Dimension verkürzt. Eine erfolgreiche Energiewende braucht aber auch soziale Innovationen: Innovationsverbünde von KMU, eine verbesserte Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, ein geändertes Verbraucherverhalten und zivilgesellschaftliches Engagement und Beteiligung, um nur wenige Beispiele zu nennen.

**MAGAZIN:** Beteiligung an politischen Prozessen – ist das mehr als ein modernes Schlagwort?

**Achim Vanselow:** Wenn »Beteiligung« nur darin bestehen würde, Energie-wende-Projekte im eigenen Vorgarten zu verhindern, sähe es in der Tat schlecht aus. Wohlverstandenes Eigeninteresse und die Wahrnehmung von Rechten ist natürlich völlig in Ordnung. Es muss aber um die besten Lösungen und um das Gelingen gehen, sonst droht eine »Betroffenendemokratie«. Schlechte Beispiele gibt es in NRW leider schon genug, denken Sie nur an den Infrastrukturbereich. Leider tickt bei der Klimaschutzpolitik die Uhr, wir haben nicht alle Zeit der Welt, um das Zwei-Grad-Ziel noch zu erreichen.

Dass es in diesem gesellschaftlichen Umbauprozess Konflikte gibt, ist doch nicht die Herausforderung – das muss allen klar sein. Aber wie gehen wir in NRW mit diesen Konflikten um? Das wird entscheidend sein. ↑



DER DISKURS HAT FOLGEN

# AUFGABEN FÜR DIE EWIGKEIT

von Bernd Tönjes

Über Jahrhunderte hinweg prägte der Bergbau die Steinkohlenreviere. Durch ihn entwickelten sich die Regionen zur Industriegesellschaft, wuchsen zu bedeutsamen Wirtschaftszentren heran und formten sich zu Ballungsräumen. Ende 2018 stellen die letzten Bergwerke ihre Kohlenförderung ein. Das bedeutet jedoch nicht, dass die RAG ihre Arbeit einstellt. Auch in Zukunft steht das Unternehmen im Wort, die Region lebenswert zu gestalten.

IN EINIGEN BERGSENKUNGSGBIETEN ENTSTANDEN ÖKOLOGISCH WERTVOLLE BIOTOPE, DIE NEUEN LEBENSRAUM FÜR PFLANZEN UND TIERE BIETEN.

Zu den Ewigkeitsaufgaben gehören die Grubenwasserhaltung, der Betrieb von Polderanlagen und das Grundwassermanagement. Oberste Priorität besitzt dabei für die RAG der Trinkwasser- und der Umweltschutz. Gleichzeitig entwickelt das Unternehmen ehemalige Bergbauflächen weiter, sodass sie zukünftig Raum für Wohn- und Gewerbegebiete oder für Fotovoltaik- und Windkraftanlagen bieten.

## Energien für die Zukunft

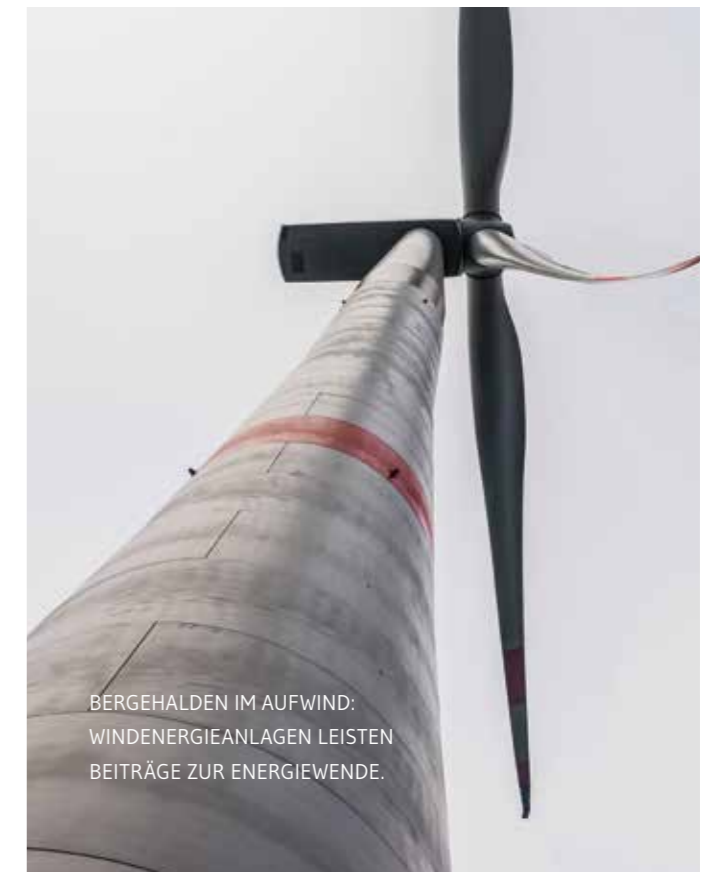
Mit derzeit 62 Projekten im Bereich »Erneuerbare Energien« unterstützt die RAG die Klimaschutzziele von EU, Bund und Ländern. Die Palette reicht von Fotovoltaik bis hin zum Engagement für InnovationCity Ruhr. Denn vorhandene Flächen, Schächte, Grubenbaue und technische Anlagen des Bergbaus bieten dafür optimale Rahmenbedingungen. So könnten beispielsweise untertägige Pumpspeicherkraftwerke in Zukunft einen Beitrag zur Energiewende leisten. Je nach technologischer Umsetzung erstreckt sich das Leistungspotenzial von 20 bis zu 360 MW und mehr. Indes tragen RAG und ihre Konzerntochter RAG Montan Immobilien mit dem Bau von Windenergieanlagen auf ehemaligen Halden zur umweltfreundlichen Energieversorgung bei: So ging auf der Halde Brinkfortsheide in Marl bereits im Jahr 2014 ein Windpark an den Start. Für 2016 plant das Unternehmen weitere Windkraftprojekte in Dinslaken, Moers und Lünen. Insgesamt lassen sich dann jährlich über 50.000 Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen.

## Erfolgreicher Strukturwandel

Bei der Beplanung ehemaliger Bergbauflächen stehen jedoch noch weitere Aspekte im Vordergrund. Je nach Nutzungsart muss ein Quartier mit modernen Ansprüchen, also mit Ökonomie, Ökologie und Sozialem im Einklang stehen. Das Stadtbild, die soziale Infrastruktur, die Energieversorgung – all das gilt es zu berücksichtigen. Die Gesamtfläche des Portfolios an RAG-Flächen beträgt rund 10.500 Hektar. Seit 1977 wurden davon bereits 9.000 entwickelt – vom Stadtquar-



RUND ZWÖLF METER MISST EINE DER MODERNEN TAUCHPUMPEN, DIE BEI DER BRUNNENWASSERHALTUNG ZUM EINSATZ KOMMEN.



BERGEHALDEN IM AUFWIND: WINDENERGIEANLAGEN LEISTEN BEITRÄGE ZUR ENERGIEWENDE.



BERND TÖNJES

Bernd Tönjes studierte Bergbau an der RWTH Aachen. Nach verschiedenen Stationen in der Bergbau AG Lippe und der Ruhrkohle Westfalen AG leitete er die Bergwerke Heinrich Robert in Hamm und Ewald/Hugo in Gelsenkirchen/Herten und war Sprecher der Geschäftsführung der DSK Anthrazit Ibbenbüren GmbH. Im Jahr 2000 wurde er Mitglied des Vorstands der Deutschen Steinkohle AG, dem er 2001 bis 2004 vorsah. Von 2004 bis 2007 war er Mitglied des Vorstands der RAG Aktiengesellschaft. Seit Januar 2008 ist Bernd Tönjes Vorsitzender des Vorstands der RAG Aktiengesellschaft. Im Januar 2016 übernahm er die Moderation des Initiativkreises Ruhr.

[www.rag.de](http://www.rag.de)

tier über Kreativ- oder Technologieparks und Logistikzentren bis hin zu naturnahen Freizeitarealen. Das ehemalige Bergwerk Lohberg zeigt ein idealtypisches Beispiel. Denn mit der benachbarten Gartenstadt entwickelt das Unternehmen gemeinsam mit der Stadt den derzeit größten CO<sub>2</sub>-neutralen Standort Deutschlands. Sechs regenerative Energiequellen zur Erzeugung von Strom und Wärme werden dort klimagerecht und energiedeckend genutzt. Motor der Entwicklung ist das eigentliche Kreativ.Quartier. In der Mitte des Standorts bietet es Raum für kreative unternehmerische Tätigkeiten in denkmalgeschützten Gebäuden oder Neubauten. Rund 20 Unternehmen haben sich bereits angesiedelt.

## Wasser in Balance

Nachhaltige Revitalisierung bildet die Voraussetzung für eine lebens- und liebenswerte Region. Der Steinkohlenbergbau hat die Landschaft verändert. In einigen Gebieten sind mittlerweile neue ökologisch wertvolle Biotope entstanden, die in dicht besiedelten Gegenden wie dem Ruhrgebiet ansonsten selten geworden sind. Sie bieten Pflanzen und Tieren neue Lebensräume und werden in Kooperation mit Behörden und Naturschutzverbänden gezielt erhalten. Die naturnahe Umgestaltung von Flüssen und Bächen spielt auch beim Grubenwasserkonzept der RAG eine große Rolle. Langfristig sieht es eine Reduzierung der Wasserhaltungsstandorte, die Umrüstung auf Brunnenwasserhaltung und eine Anhebung des Pumpniveaus vor. Zurzeit gibt es im Ruhrgebiet noch 13 Wasserhaltungen, künftig sollen es nur noch sechs sein. Dadurch verbessert sich nicht nur die Qualität des Wassers, sondern auch die Lebensbedingungen von Pflanzen und Tieren an und im Gewässer. Und jede Menge Energie lässt sich so auch noch sparen. Denn die Pumpen, die das Grubenwasser heute aus bis zu 1.500 Metern Tiefe heben, verbrauchen deutlich mehr Strom als die modernen Brunnenpumpen. Nicht zuletzt ist das aktiver Klimaschutz: Weniger Stromverbrauch bedeutet auch weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen.



DER DISKURS HAT FOLGEN

# WIE KÖNNEN WIR WELTWEIT DIE ZIELE DES KLIMAGIPFELS VON PARIS ERREICHEN?

von Prof. Dr. Manfred Fischedick

Die Erwartungshaltung an den Klimagipfel in Paris war groß. Sind aber die vergangenen internationalen Klimakonferenzen stets mehr oder weniger mit einer Enttäuschung zu Ende gegangen, hat der Pariser Gipfel positiv überrascht.

Am 12. Dezember 2015 hat die 21. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention das sogenannte »Paris Agreement« angenommen. Von der Weltgemeinschaft ist damit ein gemeinsamer Weg des Kampfes gegen den menschengemachten Klimawandel eingeschlagen worden. Es ist ein ermutigendes Zeichen der 195 teilnehmenden Länder, dass dies trotz eines schwach ausgebildeten, auf dem Konsensprinzip beruhenden internationalen Systems und einer Vielzahl aktueller Bedrohungen wie Krieg, Terror und soziale Ungleichheit gelungen ist.

Im Vertragstext wird festgehalten, dass die globalen Treibhausgasemissionen erstens ihren Höhepunkt so bald wie möglich erreichen sollen und zweitens eine »Balance zwischen dem Ausstoß und der Absorbierung durch Senken in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts« geschaffen werden soll. Dieses Ziel kommt de facto einem Aufruf zu einer globalen Dekarbonisierung vor dem Ende dieses Jahrhunderts gleich. Dies ist die Hauptbotschaft von Paris: Das Zeitalter der fossilen Brennstoffe ist vorüber.

Damit nicht genug. Kämpft man sich durch den wie üblich etwas komplex formulierten Text, finden sich weitere wichtige Eckpunkte. Dies ist zum Beispiel das klare Bekenntnis der Staatengemeinschaft zu progressiv immer stärkeren Minderungsambitionen. Die im Vorfeld der Konferenz formulierten freiwilligen Ziele der Länder (INDC: Intended Nationally Determined Contribution) sollen in Fünf-Jahres-zyklen nachgebessert werden. Dies ist auch unerlässlich, soll das Zwei-Grad-Ziel wirklich erreicht werden. Auf Grundlage der vorliegenden Zusagen der einzelnen Länder wird bis Ende des Jahrhunderts mit einer Erderwärmung von rund 2,7 bis drei Grad gerechnet.

Das Pariser Abkommen legt die »Klimaschutzlatte« hoch und beschreibt sehr deutlich die zu erreichende Zielmarke. Wie aber kann die »Lücke« zwischen den derzeit beabsichtigten Klimaschutzmaßnahmen der Länder und den für die Erreichung des Zwei-Grad-Ziels notwendigen Emissionsreduktionen geschlossen werden? Wie kann eine stufenweise Dekarbonisierung des Energiesystems bis zur Mitte des Jahrhunderts erreicht werden? Die Antwort – so aktuell vorliegende Studien – ist überraschend einfach: im Wesentlichen mithilfe der heute bereits verfügbaren Technologien. Dabei wird jedes Land, je nach Rahmenbedingungen und Möglichkeiten, seine spezifische Antwort auf diese Herausforderungen finden müssen und einen eigenen Technologiemark wählen.

Im Rahmen des internationalen Deep Decarbonization Pathways Project (DDPP) findet diese These seine Bestätigung. In dem Projekt wurden detaillierte Szenarien für eine Umgestaltung der Energiesysteme von 16 verschiedenen Ländern erstellt, die in Summe für rund ¾ der gegenwärtigen energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sind.

**Bei aller Unterschiedlichkeit der gewählten Länderstudien können drei zentrale Elemente identifiziert werden, die für weitgehenden Klimaschutz bis zum Jahr 2050 offenbar unerlässlich sind:**

- eine deutliche Erhöhung der Energieeffizienz
- ein sukzessiver Wechsel hin zu CO<sub>2</sub>-freien bzw. CO<sub>2</sub>-armen Primärenergieträgern
- eine deutlich verstärkte Nutzung von Strom als Endenergieträger

Auch in der Deutschland-Studie des Projektes liegt das Schwergewicht auf der Ausschöpfung dieser drei Optionen. Dabei werden im Rahmen einer Metastudie drei bestehende Energieszenarien miteinander verglichen, die für sehr unterschiedliche Auftraggeber aus Politik und Wirtschaft entwickelt worden sind und insofern unterschiedliche Perspektiven spiegeln. Gemeinsam ist allen Szenarien, dass sie bis 2050 – entsprechend den Vorgaben des Energiekonzeptes der Bundesregierung – eine Minderung der Treibhausgasemissionen von 80 bis 90 % (gegenüber 1990) beschreiben.

Die Szenarien machen deutlich, dass die Dekarbonisierung der Stromerzeugung und deutliche Effizienzsteigerungen im Gebäudebereich die zentralen Meilensteine für die Umsetzung der definierten Ziele sind. Eine CO<sub>2</sub>-freie Stromerzeugung und ein CO<sub>2</sub>-freier Gebäudebestand sind schon für die Erreichung des 80-Prozent-Ziels bis 2050 nahezu unerlässlich. Weitere strukturelle Veränderungen sind notwendig, wenn das THG-Minderungsziel deutlich über 80 % hinausgehen soll. So wird in den Szenarien dann vermehrt Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff umgewandelt und damit indirekt Strom im Verkehrs- und Industriesektor zum Einsatz gebracht. Für den Aufbau der dafür notwendigen Infrastrukturen müssen heute schon die Grundlagen geschaffen werden. Eine mögliche Alternative oder Ergänzung dazu stellt die Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS) dar. Für diese in Deutschland sehr umstrittene Technologie erwartet eines der betrachteten Szenarien zumindest eine Akzeptanz für Anwendungen im Bereich der Industrie. Verhaltensänderungen spielen in den analysierten Szenarien eher implizit eine Rolle, indem davon ausgegangen wird, dass Reboundeffekte deutlich eingeschränkt werden können.

EINE DER VERANSTALTUNGEN DES PARISER KLIMAGIPFEL 2015, AN DEM MINISTER AUS ÜBER 100 LÄNDERN TEILNAHMEN.



SOWOHL IN DEUTSCHLAND ALS AUCH WELTWEIT ERFORDERT DAS ZWEI-GRAD-ZIEL DIE ZÜGIGE UMSETZUNG ZUSÄTZLICHER KLIMAPOLITISCHER MASSNAHMEN.



Dabei braucht es eine Balance zwischen der Umsetzung kurzfristig erschließbarer Beiträge zur Emissionsreduktion (insbesondere durch die konsequente Verbesserung der Energieeffizienz) und der Durchführung vorbereitender Maßnahmen für zukünftig sehr viel weitergehender Reduktionen der Emissionen (z. B. Aufbau von Power-to-X-Strukturen). Entscheidend ist zudem der Einstieg in den geordneten Ausstieg aus der Kohlenutzung. Es geht dabei nicht um eine Beendigung des Einsatzes von Kohle über Nacht, sondern um klare politische und in der Konsequenz in Marktstrukturen übersetzte Signale, um hinreichend Zeit zu haben, den Ausstieg sozial verträglich zu gestalten.

Deutschland kommt für die Erfüllung der Pariser Ziele eine wichtige Impulsgeberfunktion zu. Die deutschen Klimaschutzbemühungen werden international aufmerksam beobachtet. Kann hier gezeigt werden, dass eine deutliche Minderung der Emissionen nicht in Widerspruch zu Wohlstand und Entwicklung steht, dann hat dies erhebliche Signaleffekte. Dass dies mit dem entsprechenden politischen Mut und langem Atem gelingen kann, steht immer weniger infrage. Nach der Zeit der Verhandler in Paris ist jetzt die Zeit der Praktiker, der Umsetzer in den Regionen, Städten, Gemeinden, in den Unternehmen und bei jedem Einzelnen von uns zu Hause gekommen.



PROF. DR.-ING. MANFRED FISCHEDICK

Professor Fischedick ist Vizepräsident und Mitglied der Geschäftsführung des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sowie Professor an der Schumpeter School of Business and Economics der Bergischen Universität Wuppertal. Inhaltlich beschäftigt er sich intensiv mit den Entwicklungsperspektiven des Energiesystems auf nationaler und internationaler Ebene und berät diesbezüglich die EU sowie die Bundes- und Landesregierung. Professor Fischedick ist koordinierender Leitautor des Weltklimarates und Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gremien.

[www.wupperinst.org](http://www.wupperinst.org)



## DER DISKURS HAT FOLGEN

von Klaus Breyer

# PARIS, DIE KOHLE UND DER STRUKTURWANDEL

Der Weltklimagipfel von Paris hat hoffnungsvolle Zeichen gesetzt. Deutschland, das Land der Energiewende, hat nun die Chance zu zeigen, dass die Dekarbonisierung eines komplexen Wirtschaftssystems möglich ist. Das Institut für Kirche und Gesellschaft ruft Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf, alle notwendigen Schritte für das Erreichen des 1,5- bis Zwei-Grad-Ziels einzuleiten.



BLICK IN DIE AUSSTELLUNG SOLUTIONS COP21.

Die Folgen des Klimawandels sind längst unmittelbar zu beobachten. Die, die am wenigstens zu ihm beigetragen haben, die ärmsten Länder und in diesen Ländern die besonders Benachteiligten, sind am stärksten von seinen Auswirkungen betroffen. Der Klimawandel untergräbt Entwicklung, verfestigt und verschärft Armut und treibt Millionen von Menschen in die Flucht. Schon heute ist er eine der größten Fluchtursachen weltweit.

Auf unserem Planeten reisen wir nicht alleine. Wir tragen nicht nur Verantwortung für unser eigenes Leben. Wir tragen auch (Mit-)Verantwortung dafür, dass Menschen in Nord und Süd sowie heutige und nachfolgende Generationen menschenwürdig leben können.

Die Staatengemeinschaft hat auf dem Weltklimagipfel in Paris ein hoffnungsvolles Zeichen globaler Verantwortung gesetzt. Das völkerrechtlich verbindliche Ziel, die durchschnittliche Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen, ist mit einer ambitionierten Klima- und Energiepolitik (noch!) erreichbar. Wegweisend ist hierfür das verabschiedete Verfahren, mit dem die nationalen Beiträge zum Klimaschutz im Fünf-Jahres-Rhythmus überprüft und die Ambitionsniveaus verbessert werden können. So kann, 2018 beginnend, die notwendige zusätzliche Dynamik beim Ausbau der Erneuerbaren, bei der Verbesserung der Ressourceneffizienz, beim Aufbau klimafreundlicher Infrastrukturen und dem Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung entstehen. Dies ist auch bitter nötig, da die in Paris vorgelegten Klimaprogramme unzureichend sind und zu einer Temperaturerhöhung von 2,7 bis drei Grad führen, wenn sie nicht nachgebessert werden. Nun müssen entsprechende Taten folgen. Konkret bedeutet das: 80 % der heute bekannten Kohlereserven, 30 % des Erdöls sowie 50 % des Erdgases müssen



SOLUTIONS COP21 WAR DER TITEL DES RAHMENPROGRAMMS ZUM WELTKLIMAGIPFEL 2015.

## DEUTSCHLAND WIRD ALS LAND DER ENERGIEWENDE WELTWEIT ALS VORBILD WAHNGENOMMEN

unangetastet bleiben, um die globale Erderwärmung in (vermutlich!) noch beherrschbaren Bahnen zu halten. Der zügige und konsequente Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung ist daher von entscheidender Bedeutung.

Deutschland steht hier in einer besonderen Verantwortung, nicht nur als Land, dessen industrielle Vergangenheit viel zum bisherigen Klimawandel beigetragen hat. Deutschland wird als Land der Energiewende weltweit als Vorbild wahrgenommen und hat die Chance zu zeigen, dass konsequenter Klimaschutz und die Dekarbonisierung eines komplexen Wirtschaftssystems machbar sind.

Bisher konnte Klimapolitik in Deutschland noch in weiten Bereichen nach dem Leitsatz »allen wohl und keinem wehe« gestaltet werden. Klimaschutz ist jedoch nicht ohne Strukturwandel zu haben. Die härter werdenden politischen Auseinandersetzungen zwischen Erneuerern und Bewahrern sind ein sicheres Zeichen, dass der grundlegende Wandel kurz bevorsteht, ein Wandel, bei dem es Gewinner und Verlierer geben wird.

Fast alle Studien gehen davon aus, dass die gültigen Klimaschutzziele für Deutschland (2020: 40 %, 2030: 55 %, 2040: 70 %, 2050: 80–95 %) nur durch einen Komplettausstieg aus der Kohleenergie bis spätestens 2040 erreicht werden. Die unbestreitbar große Rolle der fossilen Ener-

gieträger bei der industriellen Entwicklung geht zu Ende. Um Risiken zu minimieren, ziehen sich bereits heute immer mehr Investoren aus Unternehmen zurück, deren Geschäftstätigkeit durch Exploration, Handel und Umwandlung von fossilen Energieträgern geprägt ist. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind die neuen globalen Wachstumsmärkte, in denen Deutschland sein Know-how erfolgreich einsetzen kann.

Wie kann der Strukturwandel gelingen? Wie kann er gestaltet und wie können aus Verlierern des Strukturwandels letztlich Gewinner werden?

Der Ausstieg aus der Kohleenergie ist ein legislaturperioden- und generationenübergreifendes Projekt. Der Kohleausstieg darf daher politisch nicht ständig infrage gestellt werden. Er muss auf eine breite Basis gestellt und als Gemeinschaftsaufgabe möglichst (!) im Konsens mit allen wichtigen Akteuren vorangetrieben werden.

Der mit dem Ausstieg verbundene Strukturwandel muss konsequent sozialverträglich gestaltet werden. Je länger der Beginn des Strukturwandels hinausgezögert wird, umso größer wird die Gefahr, dass es zu einem kurzfristigen und von massiven sozialen und wirtschaftlichen Brüchen gekennzeichneten Umstellungsprozess kommt. Wichtig ist daher, dass frühzeitig die betroffenen Standorte und Regionen eine langfristige Planungssicherheit erhalten und sich auf die Veränderungen einstellen können. Die existenziell Betroffenen erwarten zu Recht die politische und gesellschaftliche Unterstützung.

Wenn aus Strukturfonds Strukturfördermaßnahmen punktgenau für die betroffenen Regionen entwickelt und umgesetzt werden, können Struk-



turbürche vermieden werden. Um die Zukunftsfähigkeit der betroffenen Regionen zu stärken, muss »Gute Arbeit« in allen heutigen und zukünftigen Wirtschaftsbereichen umgesetzt werden.

Zu beachten ist, dass die energieintensive Industrie nicht ihre Wettbewerbsfähigkeit verliert und sich weiterentwickeln kann. Ihre Abwanderung in Länder mit geringeren Umweltstandards wäre auch unter arbeitsmarkt- und klimapolitischen Gesichtspunkten kontraproduktiv. Meines Erachtens weist Agora zu Recht darauf hin, dass der »bevorstehende Strukturwandel mit deutlich höheren Erfolgsaussichten mit den Betroffenen gestaltet und bewältigt werden kann als die weit größer dimensionierten Vorbilder« vergangener Jahrzehnte.

Als Kirche rufen wir Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf, alle notwendigen Schritte für das Erreichen des 1,5- bis max. Zwei-Grad-Ziels einzuleiten und konsequent umzusetzen. **Dazu gehören unseres Erachtens:**

- ein nationales Klimaschutzgesetz, welches den Kohleausstieg bis 2040 sowie die mittel- und langfristigen Klimaschutzziele Deutschlands festschreibt und Rechts- und Planungssicherheit gibt,
- ein runder Tisch »Strukturwandel/Kohleausstieg«, der die Hauptblockaden der Energiewende behandelt und konstruktiv löst sowie die Grundlagen für eine Roadmap zum sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung schafft, und
- ein Plan zur sozialverträglichen Gestaltung der Energiewende, der unter breiter Beteiligung aller wichtigen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet wird. Dieser Plan ist regelmäßig zu evaluieren und partizipativ weiterzuentwickeln

In NRW sind das Klimaschutzgesetz und die Aufstellung des Klimaschutzplans eine gute Grundlage für die notwendigen weiteren Entwicklungsschritte. Die Evaluierung und Weiterentwicklung des Klimaschutzplans sollte im Lichte der Pariser Beschlüsse mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung erfolgen.

#### WÄHREND DER ERÖFFNUNG DER UN-KLIMAKONFERENZ IN PARIS 2015



**: KLAUS BREYER**

*Pfarrer Klaus Breyer ist seit 2009 Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft (IKG) in Schwerte-Villigst. Zuvor arbeitete er als Studienleiter an der Evangelischen Akademie sowie als Umweltbeauftragter der westfälischen Kirche mit Arbeitsschwerpunkten in den Bereichen Umweltethik, Nachhaltige Entwicklung sowie Energie- und Klimapolitik. Das IKG ist das Zentrum für die gesellschaftliche Arbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen. Klaus Breyer ist Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des KlimaDiskurs.NRW e.V.*

[www.kircheundgesellschaft.de](http://www.kircheundgesellschaft.de)

Auch in NRW sollten möglichst bald Diskurse über einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleenergie aufgenommen werden. Sie können einen wichtigen Beitrag zu einem nationalen Kohlekonens leisten. Auch die Arbeit der Initiative Klimadiskurs NRW gewinnt in diesem Zusammenhang noch weiter an Bedeutung, geht es dem Klimadiskurs doch zentral darum, blockierende Interessengegensätze herauszuarbeiten, um auf sachliche und faire Weise Konvergenzen und Möglichkeiten des gemeinsamen Vorgehens beim Klimaschutz auszuloten.

Als Kirche sind wir gerne bereit, uns an diesen gesellschaftlichen Diskursen zu beteiligen. Auch unternehmen wir im eigenen institutionellen Bereich große Anstrengungen, damit der Klimaschutz vorankommt. ↑

# DIE LOBBY FÜR GEMEINSAMES HANDELN

von Ulrike Schell

Klimaschutz, Energie- und Industriepolitik so zu verbinden, dass Klimaschutz möglich ist und der Industriestandort erhalten wird, ist eine enorme Herausforderung. In Nordrhein-Westfalen, dem größten Industrie- und Energiestandort Deutschlands, bringt der KlimaDiskurs.NRW e.V. seit drei Jahren die wesentlichen Akteure trotz der Interessengegensätze zum Diskurs zusammen.

»Die Menschheit steht vor einer ihrer größten Herausforderungen: der Abwendung eines in seinen Auswirkungen katastrophalen Klimawandels. Konsequenter Klimaschutz und die Anpassung an den nicht mehr zu vermeidenden Klimawandel sind wesentlich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung...« Dieser Satz aus dem Gründungsdokument des Vereins beschreibt die Dimension der Aufgabe.

#### NRW – Schlüsselfunktion in der nationalen Klima- und Energiepolitik

Die Energiewende erfordert eine tief greifende Transformation des Energiesystems. Das stellt auch das Land Nordrhein-Westfalen und Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen: Denn NRW nimmt in der nationalen Klima- und Energiepolitik eine Schlüsselfunktion ein. Hier wird ein Drittel der Energie in Deutschland produziert. Eine dichte Industrieinfrastruktur mit Grundstoff- und Chemieindustrie sowie mit vielen energieintensiven Unternehmen prägt die Wirtschaftsstruktur. Daraus ergibt sich, dass das Land zu den größten Produzenten von Treibhausgasen gehört.

Die Mission des Landes ist es, den Klimaschutz und die Energiewende mit dem Erhalt und der Weiterentwicklung des Industriestandortes zu verbinden. Naturgemäß ergeben sich dabei Interessenkonflikte der unterschiedlichen Akteure. →



DIE KLIMA.WERKSTATT 2015 MIT GARRELT DUIN,  
NRW-MINISTER WIRTSCHAFT, ENERGIE, INDUSTRIE,  
MITTELSTAND UND HANDWERK NRW (2. V. R.)

### Verständigung und Vernetzung als Weg

Und hier beginnt die Arbeit des KlimaDiskurs.NRW. Der Verein wurde gegründet, um dem Diskurs und der Verständigung Raum zu geben. Seit 2012 bietet er Verbänden aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft, Unternehmen und Politik eine Plattform, Interessengegensätze diskursiv zu besprechen, aber auch Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Die Energiewende wird im Allgemeinen als Gemeinschaftsaufgabe beschrieben. Der Verein versteht sich als Lobby – allerdings nicht im herkömmlichen Sinne eine Position vertretend, sondern als »Lobby für gemeinsames Handeln«.

Das Anliegen ist es, alle wesentlichen Akteure nicht nur in Diskursen zusammenzubringen, um Fragen und Themen der Energiewende zu behandeln – wie unterschiedlich und konträr auch die Zugänge und Meinungen sind. Wesentliches Ziel ist es auch, mit diesen Diskursen gemeinsames Handeln zu ermöglichen.

Als grundlegend erachtet der KlimaDiskurs.NRW dabei, nicht nur in organisierten Diskursen auf Pluralität bedacht zu sein. Diese Vielfalt, so der Anspruch, soll auch in der Vereinsstruktur abgebildet sein. Der Verein hat sich in der Zwischenzeit einen Namen gemacht, und immer besser gelingt es, sowohl Unternehmen als auch Institutionen aus der Zivilgesellschaft als Mitglieder zu gewinnen. Heute sind sowohl die Umweltverbände BUND NRW und NABU NRW als auch der DGB NRW, die Verbraucherzentrale NRW, die Evangelische Kirche von Westfalen, der Chemieparkbetreiber CURRENTA, Stadtwerke der Städte Bielefeld, Düsseldorf, Erkrath, Oberhausen, Wuppertal sowie des Ennepe-Ruhr-Kreises, Energiegenossenschaften, Anbieter erneuerbarer



Energie wie beispielsweise die NaturEnergie AG, der Deutsche Mieterbund NRW, der Verband der Wohnungswirtschaft, der Landesverband Erneuerbare Energien NRW, der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) NRW, die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 u. v. a. Mitglied. Eine bundesweit einmalige Konstellation. Und: Weitere Mitglieder sind herzlich willkommen!

### Exklusive Treffen und Publikumsveranstaltungen

In den drei Jahren seit seiner Gründung hat der KlimaDiskurs.NRW rund 20 Veranstaltungen organisiert, auf denen Bundes- wie auch Landesminister und -ministerinnen, Vertreter aus unterschiedlichen Unternehmen und Industrien, aus Gewerkschaften, Verbänden, sowie Umweltorganisationen und Wissenschaftler gemeinsam und mit dem Publikum kontrovers diskutiert haben. Dazu gehörten große Jahreskonferenzen, öffentliche Netzwerktreffen, kleine Diskussionsrunden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und exklusive Treffen im Mitgliederkreis. Grundlegende und aktuelle Themen standen und stehen dabei ebenso im Mittelpunkt wie das Kennenlernen der jeweils anderen Position und das Netzwerken.

Für die nächsten Jahre hat sich der KlimaDiskurs.NRW eine Intensivierung der Arbeit vorgenommen. Die eigene Basis soll weiter gestärkt werden. Darüber hinaus soll die Arbeit künftig spiegeln, dass die Klima-, Energie- und Industriepolitik in NRW auf mehreren politischen Ebenen, in Düsseldorf, Berlin und Brüssel, beeinflusst und entschieden wird. Und natürlich rückt die Umsetzung des vom Landtag NRW verabschiedeten Klimaschutzplans in den Mittelpunkt des Interesses.

Das KLIMA.FORUM 2016 gibt für die nächsten Monate einen wichtigen Impuls mit der Betrachtung des ebenso wichtigen wie komplexen Zusammenhangs von Strukturwandel und Klimaschutz. Aus den Diskussionen dieser Veranstaltung werden Themen resultieren, die der KlimaDiskurs.NRW in den folgenden Diskursen aufnehmen wird. ↑



ULRIKE SCHELL

Ulrike Schell ist seit 2011 Mitglied der Geschäftsleitung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen und leitet den Bereich »Ernährung und Umwelt«. Von 1976 bis 1981 studierte sie Oecotrophologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und nahm anschließend ihre Tätigkeit bei der Verbraucherzentrale NRW auf. Ihr Bereich »Ernährung und Umwelt« umfasst Projekte u. a. in den Themenfeldern »Klimaschutz & Konsum«, »Mobilität« und »Umwelt- & Gesundheitsschutz«. Ulrike Schell vertritt die VZ NRW in fachlichen Gremien auf Landes- und Bundesebene und wirkt in verschiedenen Beiräten mit. Seit 2014 ist sie Mitglied des Vorstandes vom KlimaDiskurs.NRW e. V.

[www.vz-nrw.de](http://www.vz-nrw.de)

## UNSERE VERANSTALTUNGSFORMATE

### KLIMA.LOUNGE

lädt einen ausgewählten Kreis von Entscheidern aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu einem vertraulichen Gespräch, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Es werden Konflikte und Problemstellungen aufgegriffen, die im Zuge anderweitiger Aktivitäten des KlimaDiskurs.NRW identifiziert wurden. In einem fachkundig moderierten Prozess werden Schritte zur Überwindung blockierender Interessengegensätze erörtert.

### KLIMA.SALON

ist ein halbtägiges Veranstaltungsformat. Sowohl kontroverse Schwerpunktthemen (»Hot Spots«) als auch wenig bekannte Erfolgsgeschichten des Klimaschutzes in NRW stehen im Mittelpunkt. Ziel ist es, Themen anzustoßen und Fragestellungen aufzuwerfen, die in weiteren Veranstaltungen, wie der KLIMA.WERKSTATT oder der KLIMA.LOUNGE, tiefer gehend bearbeitet werden sollen.

### KLIMA.WERKSTATT

gibt komplexen Schlüsselthemen des Klimaschutzes in NRW einen Raum. Im Vergleich zum KLIMA.SALON ermöglicht dieses Format eine umfassendere und detailliertere Darstellung der Problemkonstellationen unter Einbezug von Experten und allen beteiligten Akteuren.

### KLIMA.FORUM

ist die Jahreskonferenz des KlimaDiskurs.NRW, die als großformatiges und öffentlichkeitswirksames Netzwerktreffen durchgeführt wird. In der ersten Jahreshälfte informiert der Verein umfassend über die großen Entwicklungen des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen und bietet Mitgliedern und Partnern die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen.



EINE DER VIER PODIUMSDISKUSSIONEN BEIM KLIMA.FORUM 2015

### IMPRESSUM

<b>Herausgeber</b>	KlimaDiskurs.NRW e. V. Corneliusstraße 18 40215 Düsseldorf Amtsgericht Düsseldorf VR 10819	<b>Fotos</b>	picture-alliance/dpa, Ingimage; Steffen Höft; Olaf Ziegler; Dietmar Klingenburg
<b>V.i.S.d.P.</b>	Andrea Arcais, Geschäftsführer	<b>Konzept/Gestaltung</b>	Visio Kommunikation GmbH
<b>Redaktion</b>	Heike Wassong		

Klimaneutral gedruckt auf 100% Altpapier.





## DISKURSE FÜHREN ZU ERGEBNISSEN:

## MACHEN SIE MIT.

Klimaschutz spielt für Sie, in Ihrer Arbeit, im Unternehmen, Institut, Verband oder Verein, in Ihrer Stadt, Gemeinde oder Ihrem Kreis eine wichtige Rolle. Sie setzen sich mit kritischen Fragen dazu auseinander. Und Sie sind daran interessiert, dass Kompromisse gefunden werden. Sie wissen aus Ihrer eigenen Erfahrung: Nur durch gemeinsames Handeln werden tragfähige Ergebnisse erzielt.

## WERDEN SIE JETZT MITGLIED DES KLIMADISKURS.NRW.



### Als Mitglied des KlimaDiskurs.NRW ...

- sind Sie Teil eines parteiunabhängigen, pluralistischen Vereins, der mit seiner Aktivität einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende und des Klimaschutzes leistet,
- ermöglichen Sie die konstruktive und kritische Thematisierung der Fragen und Themen, die bei der konkreten Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele auftreten,
- können Sie durch aktives Mitwirken in diesen Diskursen Einfluss nehmen und sicherstellen, dass wichtige und legitime Interessen Einklang finden,
- werden Sie Teil eines Netzwerkes, bestehend aus wichtigen Akteuren in Nordrhein-Westfalen, und
- kommen Sie bei den für Mitglieder des KlimaDiskurs.NRW vorbehaltenen Veranstaltungen ins Gespräch mit Entscheidern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Wir möchten Ihr Unternehmen, Ihre Institution, Ihre Organisation, Ihre Kommune als Mitglied des KlimaDiskurs.NRW gewinnen. Der Verein muss in sich selbst so plural sein wie das gesellschaftliche Feld, in das er hineinwirken will.

**Der KlimaDiskurs.NRW e.V. braucht Sie alle in seinen Reihen, um seine Aufgaben zu erfüllen.**

Ich würde gerne mit Ihnen darüber ins Gespräch kommen.

Andrea Arcais  
Geschäftsführer

Kontakt über Pia Büber:  
[pia.bueber@klimadiskurs-nrw.de](mailto:pia.bueber@klimadiskurs-nrw.de)  
0211 6355381-3

Gefördert durch: